Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Nr. 6638 des amtl. Zeit.-Verz.

Chefredacteur:
Carl Oehlmann in Halle S.
Sprechstunde auf der Redaktion 11—1 Uhr.
[Fernsprecher: Redaktion Nr. 2532. — Expedition Nr. 176.]

Saale-Zeitung.

Vierunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Hallemit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unsern Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen.
Reklamen die Zeile 60 Pf.
Erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.
[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 257. **Halle a. d. Saale, Dienstag, den 5. Juni** **1900.**

□ Die zweite Lesung der Flottenvorlage.

Nach dem Wiederzusammentritt des Reichstags nach Pfingsten am 6. Juni beginnt sogleich die zweite Lesung des Flottengesetzes. Es besteht die Erwartung, daß es möglich sein wird, in etwa drei Sitzungen die zweite Berathung zu erledigen, woran sich dann sogleich die dritte Lesung anschließen würde. Nach den eingehenden Verhandlungen der Kommission und der dort hervorgetretenen Parteigruppirung ist nicht anzunehmen, daß über die neuen Forderungen selbst eine längere Verhandlung sich entwickeln wird. Dagegen dürften die Deckungsfrage und die nach mancher Richtung recht anfechtbaren Beschlüsse der Kommission noch zu lebhaften Auseinandersetzungen führen.

Es steht fest, daß die neuen Forderungen für die Marine im wesentlichen bewilligt werden. Bekanntlich verlangt die Flottenvorlage Einmal eine Verdoppelung der Schlachtflotte. Bisher bestand die Schlachtflotte aus zwei Geschwadern von je 8 Linienschiffen, einem Linienschiff der Materialreserve; dazu ein Linienschiff als Flaggschiff für das Doppelgeschwader. Nach dem neuen Flottengesetz soll hinzukommen ein weiteres Doppelgeschwader von 17 Linienschiffen, 2 Linienschiffen als Materialreserve mit 2 Aufklärungsgruppen von Kreuzern und 4 Torpedobootsflottillen. Obwohl die Nothwendigkeit dieser plötzlichen Verdoppelung der Schlachtflotte aus Gründen der politischen Weltlage in der Kommission keineswegs überzeugend nachgewiesen ist, hat sich die Mehrheit der Kommission zur Bewilligung dieser Forderung entschlossen. Dagegen sind die in dem neuen Flottengesetz verlangten Auslandsschiffe gestrichen worden. Nach dem Flottengesetz von 1898 war der Sollbestand der Auslandsflotte festgesetzt auf 3 große Kreuzer, 10 kleine Kreuzer und dazu als Materialreserve 3 große und 4 kleine Kreuzer. Nach dem neuen Flottengesetz sollten hinzukommen 5 große und 5 kleine Kreuzer und als Materialreserve, ein großer und 2 kleine Kreuzer. Auf die Bewilligung der neuen Auslandsschiffe ist die Kommission nicht eingegangen. Hier trat man der Ansicht der Opposition bei, daß die Nothwendigkeit der Vermehrung nicht nachgewiesen sei. Das Marineamt hat auch nicht versucht, den Beweis der Nothwendigkeit zu erbringen, sondern sich auf Schätzungen beschränkt. Es kam hinzu, daß nach dem neuen Flottenplan der Bau zur Verstärkung der Auslandsschiffe erst von 1906 beginnen soll. Bei dieser Sachlage lehnte die Kommission es ab, schon jetzt die verlangten neuen Schiffe zu bewilligen. Die Vertreter der verbündeten Regierungen haben durchblicken lassen, daß an der Streichung der neuen Auslandsschiffe die Vorlage nicht scheitern wird. Sie haben zwar erklärt, daß ein Verzicht auf eine Vermehrung der Auslandsschiffe bis 1916 ausgeschlossen sei, dagegen erwogen werden könne, die gesetzliche Entscheidung über diese Vermehrung so lange hinauszuschieben, bis die verbündeten Regierungen es für angängig hielten, weitere Auslandsschiffe in Bau zu nehmen. Voraussichtlich wird dieser Standpunkt auch im Plenum vertreten werden. Freilich versuchen die „Scharfmacher" die Regierung zum Konflikt zu reizen, weil nicht die ganze Forderung bewilligt werde. Gewisse Kreise möchten gar zu gern in der Flottenfrage einen Konflikt mit der Volksvertretung herbeiführen, in der Hoffnung, bei einer Auflösung des Reichstags für reaktionäre Zwecke im Trüben fischen zu können. Ausgeschlossen ist nicht, daß plötzlich eine Aenderung in der bisherigen Haltung der Regierung eintritt und die Vereinbarungen mit der Mehrheit der Budgetkommission über den Haufen geworfen werden. Aehnliches haben wir bei früheren Vorlagen bereits erlebt. Immerhin ist zunächst anzunehmen, daß die Regierung den Beschlüssen des Reichstags, wenn sie mit den Kommissionsbeschlüssen übereinstimmen, die Zustimmung geben wird.

Die Freisinnige Vereinigung hat den Kommissionsbeschlüssen zugestimmt, während es für die Freisinnige Volkspartei nicht möglich ist, auf den Boden dieser Beschlüsse zu treten. Sie ist durchaus nicht gegen eine Verstärkung der Flotte; sie würde besonders einer als nothwendig nachgewiesenen Verstärkung der Auslandsschiffe im Rahmen des Etats nicht widerstreben. Aber ganz abgesehen von der materiellen Nothwendigkeit der neuen Forderungen, kann die Freisinnige Volkspartei unmöglich einem Gesetz zustimmen, das eine Bindung des Etatsrechts des Reichstags enthält. In diesem Punkt hat die Vorlage keine Aenderung erfahren. Sachlich ist eine solche Festlegung undurchführbar, weil die Flottentechnik und die Kriegskunst zur See wandelbar sind. Finanziell ist die Festlegung bedenklich, weil gerade das Extraordinarium des Etats den veränderlichen Finanzverhältnissen angepaßt werden muß. Konstitutionell bedeutet die Bindung eine Einschränkung der verfassungsmäßigen Rechte des Reichstags, die im Geldbewilligungsrecht wurzeln. In keinem andern Staat ist bisher auch nur der Versuch gemacht worden, das Recht der Volksvertretung derart durch Gesetz zu binden. Wer die Rechte des Parlaments und damit der Wähler schützen und fördern will — und das ist heutzutage nothwendiger als jemals — kann der beabsichtigten Bindung des Etatsrechts des Reichstags nicht zustimmen.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

* In üblicher Weise fand gestern vormittag das Stiftungsfest des Lehr-Infanterie-Bataillons zu Potsdam statt. Auf der Südseite des Neuen Palais hielt Hofprediger Kebler einen liturgischen Gottesdienst ab, an welchem der Kaiser und die Kaiserin, der Kronprinz, der Kronprinz und die Kronprinzessin von Griechenland mit dem Prinzen Georg und die sämmtlichen hier anwesenden Fürstlichkeiten, die Generalität und die fremdherrlichen Offiziere theilnahmen. Auch die Deputation des deutsch-amerikanischen Kriegerbundes wohnte dem Gottesdienste bei. Nach dem Gottesdienste ließ sich der Kaiser die Deputation des deutsch-amerikanischen Kriegerbundes vorstellen. Bald darauf begab sich das Kaiserpaar nach dem Neuen Palais zurück, wo im Wirtschaftsgarten ein großes Galafrühstück stattfand. Der Deputation des deutsch-amerikanischen Kriegerbundes wurde in den sogenannten japanischen Zimmern ein Frühstück gereicht.

Nach dem gestrigen Stiftungsfest des Lehr-Infanterie-Bataillons nahm der Kaiser den Vortrag des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, Staatsministers Grafen von Bülow, entgegen.

* Der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe ist am 4. Juni in Berlin wieder eingetroffen.

Die Deutsche Kolonialgesellschaft

hatte letzter Tage bekanntlich ihre Hauptversammlung in Koblenz abgehalten. Ueber den Verlauf der Berathungen sei u. a. folgendes berichtet:

In dem Referat über ein Gesuch an die Unterrichtsverwaltungen der deutschen Bundesstaaten, in dem Lehrplan der Schulen mehr als bisher die Kolonien und die Flotte zu berücksichtigen, wurde hervorgehoben, eine Umfrage bei den Regierungen habe ergeben, daß diese dem Plane „nicht unfreundlich" gegenüberständen. Nur eine Regierung habe geantwortet, daß sie es nicht für angemessen erachte, in ihre Schulbücher solche Fragen aufzunehmen. (Zurufe: Reuß! und Heiterkeit.) Preußen habe bekanntlich inzwischen zwei neue Professuren für Völkerkunde eingerichtet. Die meisten begnügten sich damit, zu sagen, sie wollten die Frage „erwägen." Andere Antworten lauteten noch weniger entgegenkommend. (Hört! hört!) Der Vorsitzende, Herzog-Regent Johann Albrecht von Mecklenburg, durfte natürlich den Ausbruch der Heiterkeit auf Kosten von Reuß nicht ungerügt lassen. Er erklärte, der Vorstand könne es nicht zulassen, wenn irgend ein Bundesstaat, sei es von irgend einem Mitgliede, sei es vom Vorstandstische aus, seiner Haltung den vorliegenden Fragen gegenüber wegen angegriffen wird. Im übrigen konstatire er ausdrücklich, daß weder Reuß ältere Linie noch Reuß jüngere Linie bisher aus die Anfrage geantwortet haben.

Zu einem heftigen Zusammenstoß führte die Frage der Landkonzessionen in den Schutzgebieten. In dem Bericht über diesen Theil der Verhandlungen heißt es:

Dr. Passarge wandte sich in schärfster Weise gegen die Art und Weise, wie das Kolonialamt unter Herrn v. Buchka große deutsche Gebietstheile sozusagen verschleudert habe. Man könne wohl sagen, daß Deutsch-Südwestafrika zu zwei Drittheilen an die Debeers-Company verschenkt sei. Die Ausrede, daß man ja politisch Herr über das Land bleibe, daß man das Verkaufsrecht besitze, und daß überhaupt das verschleuderte Land keinen besonderen Werth habe, zeige, wie unsicher man sich im Kolonialamt fühle. Man wisse doch ganz genau, welche großen politischen Pläne Cecil Rhodes mit Südafrika verfolge, und man müsse ihm nach dieser Richtung hin leider einen größeren Patriotismus nachrühmen, als ihn deutsche Großkapitalisten von der Art des Herrn v. Hansemann u. a. an den Tag legten. Eine überaus traurige Rolle spielten bei den Minenkonzessionen die angeblich deutschen Mitglieder der betreffenden Gesellschaften, die in Wahrheit ganz im Solde Englands ständen. Redner greift schließlich den als Vertreter der Abtheilung Hamburg im Saale anwesenden Rechtsanwalt Dr. Scharlach-Hamburg, den einen der Direktoren der in London residirenden South-West-African-Company ist, in sehr heftiger Weise an und ruft ihm schließlich zu: Sehen Sie mich mal an, Herr Dr. Scharlach, wenn Sie den Muth haben! Dr. Scharlach (in höchster Erregung): Das werde ich nicht thun! Das ist ja eine Frechheit, eine Unverschämtheit! (Allgemeine Ohrufe und große Bewegung.) Vorsitzender Herzog Johann Albrecht: Ich ersuche dringend, alle Zwischenrufe und beleidigenden Bemerkungen zu unterlassen. Dr. Passarge erklärt, er habe nichts mehr hinzuzufügen.

Dr. Scharlach vertheidigte sich in längerer Rede und nahm für sich in Anspruch, ein „ebenso guter Patriot und Kolonialpolitiker" zu sein, wie die anwesenden Mitglieder der Kolonialgesellschaft. (Beifall und starkes Zischen.)

Hierauf nahm der Vertreter des Auswärtigen Amtes, Gouverneur v. Puttkamer das Wort zu der Erklärung, daß die Deutsche Kolonialgesellschaft nicht nur den besten Willen habe, sondern auch die Mittel und Wege finden werde, um die deutschnationalen Interessen in der Frage der Landkonzessionen nach allen Richtungen hin zu wahren. Die Angebote seien stets vorsichtig geprüft worden, und die bestehenden Verträge müßten doch unter allen Umständen geachtet werden. (Schwacher Beifall.)

Alsdann nahm Staatsminister a. D. Hofmann das Wort und führte aus: Trotz der langen Rede des Herrn Dr. Scharlach bleibe doch im allgemeinen die Ansicht bestehen, daß durch die Konzessionen an die South-West-African-Company eine erhebliche Beunruhigung in den interessirten kolonialen Kreisen hervorgerufen sei und trotz der Erklärungen Scharlach's bestehen bleiben werde. (Beifall.) Bei aller Hochachtung vor dem Kolonialamt und seinen Leistungen müsse man doch sagen, daß diese Konzessionen Muster von solchen seien, wie keine Regierung sie je ertheilen sollte. (Stürmischer Beifall.) Wenn die South-West-African-Company einen angeblich ganz harmlosen Vertrag mit der Debeers-Company über die Ausbeutung der Mine abgeschlossen habe, so soll sie ihn doch einfach veröffentlichen. (Sehr richtig!)

Dr. Scharlach-Hamburg: Dem stehe Herr Woermann entgegen, weil er nicht wolle, daß die Gesellschaft in eine Verantheidigungsstellung gerathen solle.

v. Hofmann: Dann möge Herr Woermann aber auch den Zeitungen verbieten, die Deutsche Kolonialgesellschaft anzugreifen, weil sie angeblich nicht Klarheit zu schaffen bemüht sei. (Beifall.)

Dr. Passarge erklärt, daß für 600 M. jeder deutsche Ingenieur gern mit der Expedition gegangen wäre, man habe sie aber einfach nicht gefragt. Damit schließt die Debatte. Die Antragsteller ziehen sämmtlich ihre Anträge zu Gunsten des Ausschußantrages zurück, der hierauf in folgender Fassung einstimmig zur Annahme gelangte.

„Die Hauptversammlung wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, nur solche Gesellschaften auf Grund von Land- oder sonstigen Konzessionen zur wirthschaftlichen Erschließung unserer Kolonien zuzulassen, in deren Verwaltung der Einfluß ausschlaggebend gesichert ist und auch dauernd gesichert bleibt. Bei Ertheilung von Konzessionen für bergbauliche Betriebe, insbesondere auf Edelmetalle und Edelsteine, sowie solche Konzessionen nach der kaiserlichen Verordnung vom 15. Aug. 1889 überhaupt noch zulässig sind, wolle die Regierung außerdem Vorsorge treffen, daß mit dem Bergbaubetriebe binnen einer bestimmten Frist begonnen und die Gewinnung abbauwürdiger Lagerstätten bei Verlust der Genehmung mit ausreichendem Kapital nach technisch bewährten Grundsätzen gesichert werde."

Der Gesetzentwurf über die Abänderung des Reichsstempelsteuer-Gesetzes.

Der von dem Abg. Dr. Paasche erstattete Bericht der Budgetkommission über den Gesetzentwurf betreffend die Abänderung des Reichsstempelsteuergesetzes vom 27. April 1894 ist nunmehr ausgegeben worden und enthält eine Darstellung der gepflogenen Verhandlungen, eine Veranschlagung der zu erwartenden Mehreinnahmen, eine Zusammenstellung des Antrags Müller-Fulda auf Annahme des Gesetzentwurfs betr. Aenderung des Reichsstempelgesetzes vom 27. April 1894 mit den Kommissionsbeschlüssen nebst Tarif, sowie eine informatorische Zusammenstellung des von der Kommission in zweiter Lesung beschlossenen Gesetzentwurfs betreffend Abänderung des Reichsstempelgesetzes vom 27. April 1894 mit dem Texte des Gesetzes vom 27. April 1894, den neuesten Schiffahrts-Subventionsgesetzentwurf der Vereinigten Staaten usw. Die Kommission beschloß, in zwei Lesungen den Entwurf zu prüfen und schriftlichen Bericht über die Ergebnisse der Verhandlungen dem Hause zu erstatten. — Die Besprechung gliederte sich nach den verschiedenen Gegenständen, die in erhöhtem Maße oder neu zur Steuer herangezogen werden sollen, in folgende Unterabtheilungen: 1. Die Erhöhung des Emissionsstempels auf Aktien, Renten- und Schuldverschreibungen, 2. Einführung eines Emissionsstempels auf Antheile gewerkschaftlich betriebener Bergwerke (Kuxe, Kuxscheine), 3. Umsatzstempel auf Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte, 4. Erhöhung des Stempels auf Lotterielose, 5. Einführung eines Stempels auf Schiffsfrachturkunden, 6. Einführung eines Stempels auf Schiffsfahrkarten.

Der Emissionsstempel auf inländische Aktien (Nr. 1a des Tarifs) ist von 1 v. H. auf 2 v. H., auf ausländische Aktien von $1\frac{1}{2}$ auf $2\frac{1}{2}$ v. H. erhöht worden. Auf die Anfrage aus der Mitte der Kommission, ob die vorgeschlagene Steuer nicht die Ausgabe neuer inländischer Werthpapiere, die Einführung ausländischer Papiere, sowie den Umsatz in Effekten und damit auch den Steuerertrag ungünstig beeinflussen werde, erklärte der Vertreter des Reichsamts, „daß eine bestimmte Auskunft hierüber selbstverständlich nicht gegeben werden könne. Einen Anhalt für die Beurtheilung der Frage könne der Vorgang der Steuergesetzgebung des Jahres 1894 gewähren, anläßlich deren der Effektenstempel für inländische und vor dem 1. Mai 1894 ausgegebene ausländische Werthpapiere verdoppelt, für die übrigen ausländischen Werthpapiere verdreifacht und der Umsatzstempel für Werthpapiere von $\frac{1}{10}$ auf $\frac{3}{10}$ von Tausend erhöht sei. Doch sei bei den Schlußfolgerungen aus den Einnahmeziffern vor und nach Inkrafttreten des Gesetzes vom 27. April 1894 mit großer Vorsicht zu Werke zu gehen, weil der Auf- oder Niedergang des Börsenverkehrs in erster Linie von anderen Einflüssen, insbesondere den allgemeinen wirthschaftlichen Verhältnissen abhängig sei.

Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

S. u. H. Frankfurt a. M., 4. Juni.

Der zweite Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, der 152,615 gewerkschaftlich organisirte Arbeiter der verschiedensten Berufe in sich vereinigt, ist gestern abend hierselbst zusammengetreten. Namens des Frankfurter Lokalkomitees begrüßte Schuh-Frankfurt a. M. die Gäste mit einem Hinweise auf die Bedeutung Frankfurts im gewerkschaftlichen Leben Deutschlands. Bei der dann folgenden Bureauwahl kam es zu lebhaften, fast zweistündigen Debatten, da ein Theil der Versammlung unter Hinweis darauf, daß der Kongreß interkonfessionell sein solle, an Stelle des wieder in Vorschlag gebrachten vorjährigen Vorsitzenden Bergarbeiter Brust-Essen (katholisch) den evangelischen Vorsitzenden des Gewerkvereins der Ziegler Ellerkamp-Detmold zum Präsidenten des diesjährigen Kongresses ernannt wissen wollte. Auch der Arbeitersekretär Giesbert-M.-Gladbach wurde in Vorschlag gebracht. Bei der Abstimmung wurde Brust mit 37 gegen 30 Stimmen zum ersten, Ellerkamp einstimmig zum zweiten Vorsitzenden gewählt.

Die erste öffentliche Hauptversammlung des Kongresses nahm heute nachmittag um 3 Uhr ihren Anfang. Unter den Gästen des Kongresses bemerkte man den Redacteur der „Bergarbeiter-Zeitung" Otto Hue-Essen als Vertreter des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes und der Gewerkschafts-Kommission (Hamburg) und Herrn Redacteur Weinhausen-Berlin als Vertreter der national-sozialen Partei. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete ein Bericht über den Stand und die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften, den der Vorsitzende Bergarbeiter Brust-Essen erstattete. Er konstatirte einleitend, daß auf dem heutigen Kongresse 28 Organisationen mit 85 Stimmen vertreten seien. Insgesammt seien durch die anwesenden Delegirten 84,129 gewerkschaftlich organisirte Arbeiter vertreten, während 13 Organisationen mit 68,486 Mitgliedern unvertreten sind. Einen ungeahnten Aufschwung der christlichen Gewerkschaftsbewegung zeige am deutlichsten die Thatsache, daß seit dem 1. April d. J., also in den letzten zwei Monaten 10411 neue Mitglieder hinzugetreten seien. (Beifall.) In der Organisation seien vertreten: 50,503 christliche Berg- und Hüttenarbeiter gegenüber den 33,000 im alten (sozialdem.) Berg- und Hüttenarbeiter-Verbande vereinigten. Ferner umfasse die Organisation ca. 63,000 Eisenbahnarbeiter Württembergs, Badens, Preußens und Bayerns und schließlich 23,728 Arbeitskräfte der Textilbranche. (Beifall.) Im Verfolg der Beschlüsse des ersten Kongresses in Mainz wurden, neben den bestehenden Centralverbänden für die Bergleute und die Ziegler, noch Centralverbände für die Metallarbeiter, Holzarbeiter und Cigarrenarbeiter gegründet. Für die Papierfabrikarbeiter und die Gewerbe der Schuhmacher, Schneider und Metzger ist die Gründung von Centralverbänden in Aussicht genommen. Trotzdem nun in Mainz ausdrücklich die centrale Organisation beschlossen sei, hätten sich leider hier und da doch noch wieder lokale Organisationen gebildet. Gegen diese Querbeiereien müsse energisch Stellung genommen werden und empfiehlt der Redner daher die Annahme folgender Resolution:

„Der II. Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutsch-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000605016/fragment/page=0001

lands hält an den Beschlüssen des I. Kongresses, bezüglich der Centralisation der christlichen Gewerkschaften fest, wobei den damals bestehenden Lokalverbänden für einzelne Berufe sowie auch den Vereinen „Arbeiterschutz" der breiteste Spielraum gelassen wurde. Die Centralisation der Gewerkschaften hat im letzten Jahre gute Fortschritte gemacht und soll damit auch in Zukunft fortgefahren werden. Wo in Ländern schon Centralorganisationen für bestimmte Berufsgruppen bestehen, sind diesen die Arbeiter zuzuführen und keine Sonderorganisationen mehr zulässig. Wo solche doch noch nach dem ersten Kongreß gegründet wurden, sind sie vom Verbande der christlichen Gewerkschaften Deutschlands und dessen Kongressen ausgeschlossen."

Nach ausgedehnter Debatte nahm die Versammlung die vorliegende Resolution einstimmig an.

Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf den weiteren Ausbau der christlichen Gewerkschaften. Nach Erledigung des Gegenstandes wurden die weiteren Verhandlungen auf morgen vertagt.

Politisches.

* Eine vor einigen Tagen durch die Blätter gegangene Nachricht über Aeußerungen des Papstes gegenüber Mitgliedern des Centrums wird jetzt von der ultramontanen „Schles. Volksztg." dahin bestätigt, daß die Aeußerungen im wesentlichen richtig wiedergegeben seien; nur habe der Papst sich zum Abgeordneten Dr. Porsch eingehender und zwar dahin geäußert, nachdem er ihn überaus gnädig als alten Bekannten begrüßt, der schon bei ihm gewesen:

„Sie sind ein Führer des Centrums, das für die Interessen der katholischen Kirche so tapfer eintritt. Die Augen der ganzen Welt sind auf das Centrum gerichtet. Sie sind ein treuer Schüler Windthorst's. Machen Sie diesem Namen Windthorst immer Ehre! Windthorst war groß durch seine constance et fermeté. Bleiben Sie Ihr ganzes Leben diesen Grundsätzen treu. Treten Sie bis an Ihr Lebensende unentwegt für die Rechte der katholischen Kirche ein. Versprechen Sie mir das. Bringen Sie allen Mitgliedern der Centrumsfraktion meinen Segen."

Das ist der wesentliche Auszug der Worte des Papstes, welche laut und sehr lebendig vor etwa 40 Personen gesprochen wurden.

Volkswirthschaftliches.

* In den Verhandlungen, welche im Handelsministerium mit den Vertretern der Korporation der Berliner Kaufmannschaft stattfanden, sprach sich der Handelsminister nach wie vor für eine Umwandlung der Korporation in eine Handelskammer aus. Weitere Berathungen hierüber werden erst im Herbst stattfinden, nachdem einerseits die Korporation ihre Reformvorschläge formulirt und andererseits der Handelsminister einen Statutenentwurf für eine Handelskammer zu Berlin ausgearbeitet hat.

Schule und Kirche.

* Die hessische zweite Kammer beschäftigte sich vor einigen Tagen mit der höheren Besoldung der Volksschullehrer. Das Haus stellte sich einmüthig auf den Standpunkt des vom Landes-Lehrerverein ausgegangenen Antrags Backe's, der für die Lehrer in den Landgemeinden eine Gehaltsskala von 1100—2800 Mark vorsieht (gegen 900—1800 M. in Preußen!). Das Höchstgehalt soll in neun Altersstufen im Laufe von 27 Dienstjahren erreicht werden. Die ursprüngliche Regierungsvorlage sah zwar dasselbe Maximalgehalt, jedoch mit ungünstigeren Aufrückungsfristen vor. Das Ministerium erklärte sich bereit, einen Vermittelungsantrag, der als Eventualantrag vom Centrum eingebracht war, zu acceptiren. Das Haus beharrte jedoch auf dem Antrag Backe's in der Ueberzeugung, daß die Regierung diesem Votum gegenüber ihren Widerstand aufgeben werde.

Verwaltung und Rechtspflege.

* In der Vorbildung für den höheren Verwaltungsdienst scheint wieder einmal reformirt werden zu sollen. Die Regierungspräsidenten sind, wie offiziös geschrieben wird, zu einer eingehenden gutachtlichen Aeußerung dieserhalb veranlaßt worden. Aufs Neue wird auch die Frage aufgeworfen, ob nicht in den von dem Minister Grafen Fritz Eulenburg eingeschlagenen Weg wieder einzulenken sei, die Beamten des höheren Verwaltungsdienstes aus den Gerichtsassessoren zu rekrutiren. — Dazu bemerkt ganz richtig die „Freis. Ztg.": Weniger als je ist gegenwärtig juristische Vorbildung für das höhere Verwaltungsfach auszureichend. Daß die gegenwärtige Bildung der höheren Verwaltungsbeamten für die Aufgaben des Dienstes nicht ausreicht, ist freilich eine Thatsache, aber die Einrichtung der Prüfungen und der Stationen für die Ausbildung allein macht es nicht. Gerade die tüchtigeren jungen Leute werden von dem Eintritt in den höheren Verwaltungsdienst zurückgehalten durch die Erfahrung, daß für das Fortkommen dort noch ganz andere und äußerliche Verhältnisse mehr in Betracht kommen als die persönliche Tüchtigkeit des Beamten. Schon die Auswahl, welche die Regierungspräsidenten bei der Annahme von Referendarien treffen, schreckt vor der Bewerbung um den Zutritt zurück. So lange in der höheren Verwaltung die Herren mit adligen Namen und aus alten Geschlechtern derart wie gegenwärtig den Vortritt haben, wird man nicht darauf rechnen können, aus bürgerlichen Familien tüchtige junge Leute in genügender Anzahl für den höheren Verwaltungsdienst zu gewinnen.

m. Das Reichs-Versicherungsamt erledigte soeben einen wichtigen Rechtsstreit, welchen ein Aufseher Beyer aus Sachsen gegen die Ziegeleiberufsgenossenschaftwegen einer Unfallrente erhoben hatte. Der Aufseher Beyer hatte eines Tages eine Anzahl von Gefangenen zu beaufsichtigen, welche für einen Ziegeleibesitzer damit beschäftigt waren, Lehm aus einer Grube zu werfen. Bei dieser Gelegenheit bemerkte der Aufseher Beyer, daß eine Erdscholle herabzustürzen und einen der Gefangenen zu erschlagen drohte. Beyer riß sofort den Gefangenen von der gefährlichen Stelle fort und rettete diesen vom sicheren Tode; Beyer selbst erlitt aber hierbei eine erhebliche Verletzung und ersuchte daher die Berufsgenossenschaft um Zuerkennung einer Rente. Die Berufsgenossenschaft lehnte jedoch jede Entschädigung ab, und das Schiedsgericht verwarf die Berufung des Verletzten, weil dieser nicht als Arbeiter im fraglichen Betriebe angesehen werden könne; er gehöre vielmehr zu den Beamten, welche mit dem Ziegeleibetriebe in keinem Zusammenhang stehen und lediglich die Aufsicht über die Gefangenen führen. Gegen diese Entscheidung legte der Verletzte Rekurs beim Reichs-Versicherungsamt ein, welches indessen auf Zurückweisung des Rechtsmittels erkannte und die Vorentscheidung als zutreffend erachtete.

Parlamentarisches.

* Die Schulkonferenz beginnt am nächsten Donnerstag. Neben dem Abgeordneten von der Borght sollen der Abgeordnete Dr. Kropatscheck, Dr. Lange, Prof. Paul Güßfeldt und Geheimrath Hintzpeter geladen worden sein. Die Konferenz wird vom Kaiser eröffnet werden.

* Der Präsident des Reichstags lädet den Seniorenkonvent zu Mittwoch, eine halbe Stunde vor der Plenarsitzung, zu einer geschäftlichen Besprechung ein, offenbar um festzustellen, welche Vorlagen noch vor Sessionsschluß zur Erledigung kommen sollen.

* Wie das „Echo der Gegenwart" zu Aachen meldet, ist der Reichstagsabgeordnete Dr. Lingens von einem Schlaganfall betroffen worden.

Parteinachrichten.

* Der frühere Reichstagsabgeordnete Freiherr Oskar v. Münch, der sich als Abgeordneter Volksparteiler mit eigenem Programm nannte, ist nach der „Schwäb. Tagwacht" verhaftet worden, um wiederum in eine Irrenanstalt eingeliefert zu werden.

Heer und Flotte.

* Der Direktor der Kriegsakademie, General der Artillerie v. Villaume, ist am 3. d. in Berlin gestorben.

* In Köln ist der Ausstand der Straßenbahnangestellten beendet. Der Pferdebahnbetrieb ist dort am Sonntag früh wieder aufgenommen worden.

Ausland.

Der südafrikanische Krieg.

Es scheint jetzt doch nicht, daß Prätoria ohne Schwertstreich aufgegeben werden soll. Die Buren haben größere Kommandos auf den die Hauptstadt Transvaals beherrschenden Höhen zusammengezogen und auch bei Bronthorst Spruit östlich von Prätoria an der Eisenbahnlinie, die nach Middelburg führt, gegenüber der rechten Flanke der Engländer, starke Stellungen besetzt. Die nächsten Tage schon müssen zeigen, ob die Transvaaler zu einem letzten Waffengang vor den Thoren ihrer Hauptstadt sich stark genug fühlen, oder ob ihr Aufgebot von Truppen nur der Deckung eines weiteren Rückzuges gilt. Einige Meilen südlich von Prätoria, bei Irene, hat bereits ein Gefecht stattgefunden, in dem die Buren angeblich ihre Stellungen behaupteten.

Die Meldungen, welche heute vom Kriegsschauplatze vorliegen, sind im einzelnen die folgenden:

Prätoria, 1. Juni. [Meldung des „Reuter'schen Bureaus".] Johannesburg ist gestern vormittag 11 Uhr den Engländern formell und in geordneter Weise übergeben worden. Roberts war dabei von einer kleinen Truppenabtheilung begleitet. Die Banken werden bewacht. Vor der Uebergabe fanden Plänkeleien außerhalb der Stadt und auch in den Straßen statt; nach Beendigung derselben wurde an den nächstliegenden englischen General die Mittheilung gesandt, daß die Stadt nicht vertheidigt werden würde.

London, 2. Juni. Feldmarschall Roberts meldet aus Johannesburg, den 1. Juni, abends: Die Hochländer-Brigade ist am 29. Mai in Heilbronn angekommen. Sie hat auf dem ganzen Wege von Ventersburg Rd. mehr oder weniger Widerstand gefunden und folgende Verluste gehabt: 8 Mann todt, 4 Offiziere und 32 Mann verwundet. General Rundle berichtet telegraphisch, daß seine Verluste im Gefechte bei Senekal 30 Todte und 150 Verwundete betragen.

London, 3. Juni. Feldmarschall Roberts meldet aus Johannesburg vom 1. Juni: General Wavell's Brigade bleibt in Johannesburg zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Die übrigen Truppen haben auf dem Wege nach Prätoria Lager bezogen. Die Besetzung von Johannesburg ging ruhig vor sich, dank den vortrefflichen Vorkehrungen des Kommandanten Krause. Ich ritt mit demselben nach den Regierungsgebäuden, wo er mir die obersten Beamten vorstellte, die sämmtlich einwilligten, während der zu treffenden Anordnungen auf ihren Posten zu bleiben. Die Stadt Johannesburg ist recht leer; auf dem Hauptplatz der Stadt hatte sich aber eine Volksmenge versammelt, als die britische Flagge gehißt wurde und die Truppen in ausgezeichneter Haltung defilirten.

London, 3. Juni. Feldmarschall Lord Roberts meldet von gestern aus Orange-Grove: Die Stadt Johannesburg ist ruhig; die Bewohner liefern Waffen und Pferde aus. Im Fort sind nur eine Haubitze und zwei 65 mm-Geschütze zurückgeblieben. Am 30. Mai haben die Queensland-Truppen ein Geschütz und elf Wagen mit Vorräthen und Schießbedarf erbeutet. Bei den Kämpfen rund um Johannesburg wurden der Kommandant Botha von Zoutpansberg, sein Feldkornet und etwa 100 andere Buren gefangen genommen, unter denen sich auch einige Ausländer und Angehörige des irischen Freicorps befanden. Am 29. Mai wurde eine Abtheilung Yeomanry auf dem Wege zwischen Kroonstad und Lindley angegriffen und erlitt einige Verluste.

Maseru, 31. Mai. Die Generale Rundle und Brabant haben die Buren fünf Meilen von Ficksburg umzingelt; diese können nur über die Grenze von Basutoland entkommen, dort aber steht der Häuptling Jonathan mit Tausenden von Basutos.

Lourenço Marquez, 2. Juni. (Telegramm des Reuter'schen Bureaus.) Die telegraphische Verbindung mit Transvaal ist für das Publikum gesperrt. Nach den letzten Meldungen haben Burenkommandos in Stärke von etwa 10,000 Mann bis Donnerstag alle Positionen und Kopjes um Prätoria besetzt gehalten. Ein anderes großes Burenkommando steht am Bronkhorst Spruit. Präsident Krüger ist noch in Machadodorp. Der Zweck des geheimnißvollen Besuches von Krüger's Schwiegersohn Eloff und Dr. Heymann in Lourenço Marquez scheint der gewesen zu sein, Vorkehrungen zur Sicherung einer großen Goldsendung zu treffen.

London, 4. Juni. „Daily Expreß" berichtet aus New York vom 3. Juni: Das „Journal" veröffentlicht ein aus Machadodorp vom 2. Juni datirtes Telegramm des Präsidenten Krüger, in welchem dieser erklärt, daß der Kampf bis zum Tode fortgesetzt werden würde.

Dasselbe Blatt berichtet aus Lourenço Marquez vom 3. d.: Ein amtliches Telegramm aus Prätoria besagt: Ein schweres Gefecht fand bei Irene, 8 Meilen südlich von Prätoria, am 31. Mai statt. Die Buren behaupteten ihre Stellungen bis Sonnenuntergang.

15 Züge mit Vorräthen werden täglich von Machadodorp nach Lydenburg abgesandt.

Staatssekretär Reitz über die Folgen des Krieges.

Der Staatssekretär Transvaals Dr. Reitz hat der „Köln. Ztg." folgende Ansichten über die Folgen des Krieges kundgegeben: Auf Ihre Frage, welche Folgen nach meiner Ansicht eintreten mögen, wenn den Engländern ihr Plan gelingen sollte, die Republiken zu erobern und als selbständige Staaten zu vernichten, möchte ich folgendes erwidern: Erstens. Mit Bezug auf die Goldgruben. (Denn das scheint für Europa, obwohl nicht für uns, die wichtigste Frage zu sein.) Die britische Regierung hat dem britischen Volke versprochen, daß die Kriegskosten durch das Volk dieses Landes bezahlt werden sollen. Der Burenbevölkerung wird indeß am Ende des Krieges, namentlich wenn dieser noch etwa sechs Monate dauert, weiter nichts übrig bleiben als ihr Grund und Boden und die darauf stehenden Häuser. Wenn daher die Buren die Kriegslasten zahlen müßten, dann vermögen sie das nicht, und sollten die Sieger auf eine solche Zahlung dringen, dann würden die Grundstücke an ausländische Kapitalisten oder englische Auswanderer verkauft werden. Der Bur muß alsdann entweder zum Miethbewohner (bijwoner) werden oder das Land verlassen und eine andere „Heimath" suchen, welch letzteres die Meisten auch wahrscheinlich thun würden, da sie eher nach dem deutschen Gebiet an der Westküste treiben würden, als sich den Engländern als Miethsbewohner oder Sklaven unterwerfen. Die Landwirthschaft und Viehzucht (insbesondere nach den Verheerungen, die die Rinderpest in den letzten Jahren verursacht hat) ist in der südafrikanischen Republik verhältnißmäßig wenig bedeutend, so daß eine Belastung des Ertrages der Gehöfte nur sehr geringe Ergebnisse haben könnte. Die Goldgruben sind die reichsten der Welt. Deshalb liegt es auf der Hand, daß die britische Regierung die Kriegskosten bei dieser Quelle einfordern wird. Diese Kosten werden noch, ehe der Krieg zu Ende ist, mindestens 100 Millionen Pfund Sterling betragen. Das bedeutet zu 3 Proz. eine Last von 3 Millionen jährlich. Die Goldgruben brachten jährlich 16 Millionen ein, wovon etwa durchschnittlich ein Drittel als Reingewinn des Grubenbetriebs betrachtet werden kann. Daraus ergiebt sich, daß ungefähr die Hälfte des Reinertrages der Gruben durch die britische Regierung als Steuer weggenommen werden wird. Und aus wessen Tasche sollen die Gelder kommen? Augenscheinlich aus der Tasche der Antheilbesitzer, die nicht blos in England, sondern auch in Deutschland und Frankreich leben. Den größten Schaden jedoch werden die Millionäre wie Rhodes, Werniher, Beit, Eckstein, Barnato et hoc genus omne zu tragen haben, dieselben Personen, die ihr Möglichstes gethan haben, und denen es leider auch gelungen ist, den Krieg zu entfesseln. Zweitens. Mit Bezug auf den Zustand des Volkes selbst (und das ist für uns die wesentlichste Frage). Wenn die Engländer das Land in Besitz nehmen könnten, was Gott verhüten möge, was dann? Die Engländer werden genöthigt sein, in der Südafrikanischen Republik und dem Oranje-Freistaat mindestens 50,000 Mann Truppen als Besatzung zu halten. Und was das kosten wird (außer und neben den bereits verursachten Kriegskosten), mögen die Sachverständigen berechnen. Und woher sollen die Gelder kommen? Auch wieder von den Gruben. Sobald England es wagen würde, die Truppen wegzunehmen, würde die Bevölkerung wohl Mittel finden, sich wieder mit Waffen zu versehen (denn Afrika ist nicht die Insel Irland), und dann ist es so gut wie selbstverständlich, daß nicht blos auf Jahre, sondern auf Jahrhunderte hin von Zeit zu Zeit Aufstände und Kriege losbrechen werden. Für Großbritannien, selbst wenn es nunmehr siegen sollte, liegt in der Zukunft eine hereditas damnosa, eine immerwährende Quelle von Aerger, Verdruß und Blutvergießen. Und für das unterworfene Volk der Republiken? Verderben, sowohl in moralischer wie in körperlicher und gesellschaftlicher Hinsicht. Ein unterjochtes (verslaafd) Volk, ein verfaultes Volk; denn wehe dem Volke, bei dem zahrelang eine Besatzung von 50,000 Miethssoldaten von der Sorte liegt, aus der die englische Armee besteht. Man sehe nur in der medizinischen Statistik nach, welche Krankheiten in einer derartigen Armee herrschen. Ein schöner Ausblick!

Die Wirren in China.

Nunmehr ist auch das deutsche Detachement in Stärke von 1 Offizier und 50 Mann des Seebataillons in Peking eingetroffen, ebenso das österreichische.

Das „Reuter'sche Bureau" meldet aus Tientsin vom gestrigen Tage: Eine Abtheilung Kosaken, welche zum Aufsuchen von Flüchtlingen abgegangen war, hatte ein scharfes Gefecht mit den Boxers und brachte denselben schwere Verluste bei. Von den Russen wurden 1 Offizier und 3 Mann verwundet. — Es sind beunruhigende Berichte betreffend die Lage der amerikanischen und englischen Missionare aus Paotingfu eingetroffen.

Zu einer ferneren Meldung wird gesagt, daß die nach Tientsin zurückgekehrten Kosaken berichten, sie hätten 16 Boxer getödtet und viele verwundet. Des weiteren meldet das genannte Bureau aus Tientsin vom heutigen Tage, daß der britische Missionar Robinson, Mitglied der Nordchina-Mission, nebst fünf eingeborenen Christen getödtet worden und daß Norman, derselben Mission angehörig, in Wuchiayung, zwei Meilen von Yenching in Gefangenschaft gerathen sei und sich in großer Gefahr befinde.

Frankreich.

Im französischen Senat wurde am Sonnabend die Berathung der Amnestie-Vorlage fortgesetzt. Traxieux nimmt seine gestrigen Ausführungen wieder auf und sagt, die Agitation, welche aus Anlaß der Dreyfus-Affaire ins Werk gesetzt worden, sei in Wirklichkeit ein Kreuzzug gegen die Republik. Redner spricht davon, welche Entrüstung in ihm die Anstrengungen erregt hätten, die von seiten sämmtlicher verbündeten reaktionären Elemente gemacht seien, um einen Mann außerhalb des Gesetzes zu stellen, lediglich deshalb, weil er Jude sei, und wie entrüstet er gewesen sei über alle die Anschuldigungen, die gegen die Vertheidiger eines Unschuldigen gerichtet worden seien, besonders über die, daß sie sich in aus Deutschland und England gekommene 34 Millionen getheilt hätten. Traxieux sieht in dem Ausfall der jüngsten Wahlen zum Munizipalrath in Paris den Beweis dafür, daß die Dreyfus-Affaire nur zu dem Zweck erfunden worden sei, um der Sache der reaktionären Elemente verschiedenster Richtungen zu dienen. Redner kommt zu dem Schluß, er lehne die Amnestie-Vorlage ab. (Beifall links.) General Lambert protestirt gegen die Angriffe, welche gegen die militärischen Richter Dreyfus' gerichtet wurden. Redner verliest eine Depesche, welche nach Mittheilungen eines Morgenblattes zur Zeit des Prozesses in Ems angeschlagen war und welche mit dem Namen „Joseph" unterzeichnet war. Die Depesche enthalte die größten Beschimpfungen gegen den ganzen Generalstab (Protestrufe links). Der Präsident verliest sodann einen Brief Joseph Reinach's, in welchem dieser dagegen Einspruch erhebt, daß ihm diese Depesche zugeschrieben werde, und erklärt, daß es sich um eine Fälschung handle. (Unruhe.) Der Ministerpräsident Waldeck-Rousseau vertheidigt die Vorlage und erklärt, bei dem ersten Prozeß gegen Dreyfus seien der Vertheidigung nicht alle Schriftstücke mitgetheilt worden. Die Regierung habe alle Spuren einer traurigen Vergangenheit auswischen wollen. Man müsse über gewisse Vorgänge einen Schleier decken, um nicht verpflichtet zu sein, sie zu bestrafen. Der Minister weist dann auf die politischen Seiten hin, welche der Gesetzentwurf habe, ersucht die Senatoren dringend, ihm durch Annahme desselben ihr Vertrauen kundzugeben und alle eingebrachten Abänderungsvorschläge abzulehnen. Die Regierung könne keine Verantwortung für den status quo übernehmen. Wenn nach Annahme der Vorlage die Agitation fortdauere, werde man wissen, von welcher Seite man die Zwietracht unter der Bevölkerung wieder erneuern wolle. (Beifall.) Waldeck-Rousseau fordert den Senat auf, nicht in den Händen der Feinde der Republik die entscheidende tödtliche Waffe zu lassen, welche sie besitzen; die Zeit sei da, ein Ende zu machen. „Man darf," schloß der Minister, „die Aktionsfreiheit nicht denen überlassen, welche durch verbrecherische Lügen dahin gekommen sind, eine Atmosphäre zu schaffen, so unrein und so verwirrt, daß die Republikaner sich selbst darin nicht mehr wiedererkennen würden. (Dreifacher lebhaftester Beifall. Zahlreiche Rufe: Anschlagen!) Marcère bekämpft die Vorlage. Millard wünscht, daß die Amnestie auch auf die von dem Staatsgerichtshof Verurtheilten ausgedehnt werde. Die Generaldebatte wird geschlossen. Der Senat beschließt mit 171 gegen 41 Stimmen, die Rede Waldeck-Rousseau's öffentlich anschlagen zu lassen. (Beifall.) Franck-Chauveau beantragt Verweisung des Gesetzentwurfs an eine Kommission behufs Ausdehnung der Amnestie auf die von dem Staatsgerichtshof Verurtheilten. Waldeck-Rousseau bekämpft diesen Antrag, der schließlich mit 175 gegen 101 Stimmen abgelehnt wird. Lecomt zieht sein Amendement, die Amnestie auf Dreyfus auszudehnen, zurück.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000605016/fragment/page=0002

Ein Amendement Fruchler, die Amnestie auf die von dem Staatsgerichtshof Verurtheilten auszudehnen, wird mit 135 gegen 102 Stimmen abgelehnt und die Regierungsvorlage mit 238 gegen 34 Stimmen angenommen. Die Sitzung wird sodann aufgehoben.

Infolge eines Ausstandes der Hüttenarbeiter kam es am Sonnabend nachmittag in Châlons-sur-Saône zu Unruhen. Neun Verhaftungen wurden vorgenommen. Des Abends griffen die Ruhestörer — meist Nichtheimatliche — Gendarmerie und Kavallerietruppen mit Steinwürfen an. Mehrfach wurden auch Schüsse abgegeben, doch weiß man nicht von wem. Vier Personen wurden verletzt, darunter zwei schwer. Fünf Gendarmen und zwei Soldaten erlitten Quetschungen. Am Gefängniß wurden Fensterscheiben zertrümmert. Verstärkungen an Gendarmerie und Militär wurden herangezogen. Einer der Verletzten, ein junger Mann von 16 Jahren, ist gestorben. Untersuchung ist eingeleitet. Die Arbeiter thaten am Sonntag früh beim Präfekten Schritte in der Absicht, eine Einigung herbeizuführen. — In einer weiteren Meldung heißt es: Die Unruhen haben sich heute vormittag nicht wiederholt. In der Stadt herrscht Ruhe. Es heißt, daß die von den Manifestanten in die Enge getriebenen und von einem Hagel von Geschossen verwundeten Gendarmen von der Waffe zu ihrem eigenen Schutze erst dann Gebrauch machten, als sie sahen, daß ihr Führer verwundet war.

Der Präsident Loubet wohnte am Sonntag nachmittag in Begleitung seiner Gemahlin dem Rennen um den Grand-Prix zu Auteuil bei, und wurde auf der Hinfahrt und bei seiner Ankunft von der Menge lebhaft begrüßt.

Großbritannien und Irland.

Die Londoner „Army and Navy Gazette" kritisirt die Lage in Aschanti folgendermaßen: „Die letzten Nachrichten von Aschanti lauten sehr bedrohlich. Wir haben wie gewöhnlich den Feind und die Stärke der gegen uns im Felde stehenden Streitkräfte unterschätzt. Ein deutscher Erforscher von Westafrika, Herr Krause, behauptet, daß wir, da die ganze Nisten-bevölkerung gegen uns feindlich gesinnt ist, zehn- bis fünfzehntausend Mann nöthig haben werden, um die Rebellion niederzuwerfen; da aber Ausländer mit Vorliebe derartige pessimistische Prophezeiungen machen, sobald England in Betracht kommt, so müssen wir Herrn Krause nicht allzu ernsthaft nehmen. In Wirklichkeit verbleiben nämlich die Bokwais, die die Verbindung mit der See beherrschen, loyal und auch andere Stämme sind uns freundlich gesinnt. Andererseits ist es leider unzweifelhaft, daß der Aufstand nicht etwa nur ein Ausdruck von Feindseligkeit eines einzelnen Stammes ist, sondern das Resultat einer seit geraumer Zeit gährenden geheimen Verschwörung zu sein scheint, die den blutdürstigen König Prempeh wieder auf den Thron bringen will. Es erscheint wunderlich, daß die Eingeborenen unvernünftig genug sind, das grausame Regiment dieses Tyrannen der wohlthätigen Herrschaft der britischen Königin vorzuziehen, aber keinesfalls kann dieses natürlich gestattet werden. Die kleine Garnison in Kumassi muß entsetzt und den Rebellen eine scharfe Lektion zu theil werden. Leider sind unsere ersten Versuche in dieser Richtung nicht erfolgreich gewesen, denn es steht fest, daß eine Abtheilung der Entsatzkolonne in der Nähe von Kusiu angegriffen und der kommandirende Offizier nebst einer ganzen Anzahl Haussas getödtet wurde. Glücklicherweise liegen jedoch Nachrichten vor, daß große Verstärkungen in Eilmärschen abgesandt wurden; es sind 900 Mann von der westafrikanischen Grenztruppe unterwegs und das Kanonenboot „Magpie", das an der Küste eingetroffen ist, wird zweifellos eine Anzahl von Matrosen landen. Es ist eine kuriose Thatsache, daß unsere Marine den Zweck zu haben scheint, in Fällen, wo unsere militärische Organisation nicht ausreicht, einspringen zu müssen. Wenn Kumassi eine genügende Garnison gehabt hätte, so wäre der Aufstand in seiner augenblicklichen Ausdehnung nicht möglich gewesen. . . ."

Italien.

Am Sonntag haben in Italien die Wahlen zur Deputirtenkammer stattgefunden. In Rom sind die Ministeriellen Baccelli, Torlonia und Santini sowie die Republikaner Barzilai und Mazza wiedergewählt. In Palermo erfolgte die Wiederwahl Crispis. — Die amtliche Statistik giebt folgendes Wahlresultat: Gewählt sind 360 Konstitutionelle, davon 271 Ministerielle und 89 Oppositionelle, ferner 68 Mitglieder der äußersten Linken und 8 Unabhängige. In 39 Wahlkreisen sind Stichwahlen erforderlich. 33 Wahlresultate sind noch ungewiß. Sämmtliche Minister und Unterstaatssekretäre sind wiedergewählt worden.

Spanien.

In Lahnea bei Cadix kam es zwischen Hafenarbeitern aus Gibraltar und Zollbeamten zu einem Zusammenstoß. Die Gendarmerie mußte einschreiten. Vier Personen wurden verwundet und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Rußland.

Zu der Erwerbung eines Platzes für ein Kohlendepot am Hafen von Masampo durch Rußland bemerkt die „Nowoje Wremja", die koreanische Regierung habe den festen Entschluß gefaßt, keinen ausländischen Unterthanen irgend welche Konzessionen auf der Insel Kojedo, auf den benachbarten kleinen Inseln oder auf dem gegenüberliegenden, an das Gebiet des Hafens von Masampo anstoßenden Festlande zu ertheilen.

Bulgarien.

Die bulgarische Regierung protestirte gegen die türkischen Differenzialzölle unter dem Hinweise auf das Vasallenverhältniß, sowie daß die Handelskonventionen noch nicht abgelaufen seien. Die Regierung verlangt ebenso wie die rumänische und serbische, daß die Frage einer gemischten Kommission unterbreitet werde.

Türkei.

Die Königin von Griechenland passirte gestern auf ihrer Reise nach Rußland den Bosporus. Der Sultan ließ der Königin, wie aus Konstantinopel berichtet wird, durch seinen Generaladjutanten Damrad Mehmed Pascha und durch den Minister des Auswärtigen, Tewfik Pascha, Grüße übermitteln.

Der Sultan empfing am Sonntag den deutschen Botschafter Freiherrn Marschall von Bieberstein in Audienz.

Amerika.

Nach einem Telegramm aus Kingston berichtet der Dampfer „Orinoco" aus Columbien vom 31. v. M.: Die Aufständischen waren sechs Meilen von Panama entfernt. Das amerikanische Kriegsschiff „Machias" befindet sich in Colon. Dasselbe hat Befehl, Marinesoldaten zu landen, falls die Stadt bedroht würde. Es verlautet, die Aufständischen hätten das columbische Kanonenboot „Cordova" versenkt.

Vermischtes.

Geflügelcholera. In Berlin ist zur öffentlichen Kenntniß gebracht worden, daß bei einem Transport aus Italien eingetroffenen Geflügels auf dem Anhalter Güterbahnhofe der Ausgruch der Geflügelcholera festgestellt wurde.

Von einem elektrischen Strom getroffen wurde am Freitag nachmittag im Fernsprechamt Schöneberg, anscheinend infolge eines irgendwo niedergegangenen Blitzes, einer der dort thätigen Beamten Namens Kudczielski. Als in der fünften Stunde der südliche Himmel sich mit gewitterartigen finsteren Wolken bedeckte, machte sich in den Fernsprechämtern eine zunehmende elektrische Spannung der Luft bemerkbar, welche denn auch die Fernsprechämter in Rixdorf, Tempelhof rc. veranlaßte, den Telephonbetrieb einzustellen, während er in Berlin und längere Zeit auch noch in Schöneberg aufrechterhalten wurde. Hier aber äußerte sich die Gefahr gegen 5 Uhr so stark, daß die Beamten dem die Aufsicht führenden Kollegen schließlich erklärten, der Betrieb müsse jetzt eingestellt werden, und Kudczielski hatte gerade bemerkt, daß er unbedingt aufhören müsse, als er beim Herstellen einer Verbindung, die er noch als letzte ausführen wollte, plötzlich zurückzuckte und mit dem Schreckensruf: „Ich bin getroffen!" zu Boden sank. Es wurde nach der Unfallstation, sowie auch noch zu einem zweiten Arzte geschickt, die in eingehender Untersuchung feststellten, daß der Körper des K. keine einzige bläuliche Stelle als Zeichen des Ein- und Austrittes des elektrischen Stromes aufweise, was also für den Getroffenen sehr bedenklich sei. Doch konnten sie im Augenblick weiteres für den Unglücklichen nicht thun und mußten sich darauf beschränken, ihn durch Reiben der Gliedmaßen, und namentlich der unteren Extremitäten, Linderung zu schaffen, da K., ein großer, kräftiger Mann, der auch nicht die Besinnung verloren hatte, fortwährend in rasenden Schmerzen schrie: „Reibt mir die Beine, reibt mir die Beine! Ich halt's ja nicht aus!" Er wurde dann mittels Wagens der Unfallstation nach dem Elisabeth-Krankenhause geschafft, von welchem am Sonnabend vormittag dem Postamte die erfreuliche Mittheilung gemacht wurde, daß es dem Verunglückten etwas besser gehe.

Der Zusammenstoß zweier Güterzüge auf der russischen Katharinenbahn wird aus Rostow gemeldet. Fünf Waggons wurden zertrümmert, mehrere Personen getödtet.

Der Naturmensch Gustav Nagel heirathet! Seinen Berliner Freunden hat Herr Nagel aus Rathenow eine Einladungskarte zugesandt, in welcher er mittheilt, daß er zu Pfingsten in den Ehestand zu treten gedenkt und bittet, an der Hochzeit theilzunehmen. Nagel ist ganz glücklich, endlich ein Weib gefunden zu haben, das mit ihm in seiner Höhle hausen und genau so leben will, wie er, wenigstens bis auf einen Punkt: Seine Auserwählte, ein hübsches junges Mädchen aus Rathenow, hat sich nämlich trotz der großen Liebe zu ihrem Gustav standhaft geweigert, nach ihrer Hochzeit nur mit einem Schurzfell bekleidet einherzugehen, wie der „Naturmensch" das eigentlich verlangt hatte. Erst nach langem Zögern erklärte er sich damit einverstanden, daß seine zukünftige Gattin sich kleide „wie die anderen", jedoch mur unter der Bedingung, daß die ihrer Ehe eventuell entsprießenden „Naturkinder" von Jugend auf nur mit einem Lendenschurz bekleidet herumlaufen sollten, worin die glückliche Mutter in spe vorläufig gern einwilligte.

Aus Konitz liegen folgende Nachrichten vor: Mit welcher Leichtfertigkeit gravirende Gerüchte verbreitet werden, davon giebt nachstehende Thatsache Kunde. Bei dem schwer verdächtigten Fleischermeister Levy sollte ein mit 20,000 M. deklarirter Geldbrief eingegangen sein. Dazu wird jetzt bekannt: Da Levy einen derartigen Betrag nicht zu erwarten hatte, der Geldbrief überdies mit vier Mark Porto belastet war ließ er vorsichtigerweise den Geldbrief in Gegenwart mehrerer Beamten öffnen, der Inhalt waren — Papierschnitzel. Ein bedeutender Krawall fand Donnerstag abend in Bütow i. P. statt. Durch die fortwährenden Hetzereien der antisemitischen Blättchen und Flugblätter aufgestachelt, sammelten sich gegen 9 Uhr große Menschenmassen auf dem Markt und in der Langenstraße an und bald begann denn auch das so gefürchtete Steinbombardement auf die Geschäfte von Einwohnern jüdischer Konfession, die größtentheils schon ihre Läden vorher geschlossen hatten. Bei vielen Juden wurden die Scheiben mit großen Feldsteinen eingeworfen. Bei B. Rosenthal wurde sogar die hölzerne Thürfüllung eingeschlagen. Die Synagoge soll vollständig demolirt sein. Auf Anordnung des Bürgermeisters mußten bald alle Geschäfte geschlossen werden. Der angerichtete Schaden dürfte sich auf mehrere hundert Mark belaufen, den die Stadt nun zu bezahlen haben wird. Erst gegen 11 Uhr trat wieder Ruhe ein. Einige Verhaftungen wurden vorgenommen.

„Der Rathskeller brennt! Der Artushof ist in Gefahr!" So ging es am Nachmittag des 31. Mai in Danzig von Mund zu Mund. Die allgemeine Befürchtung herrschte, daß die Perle der alten Danziger monumentalen Schönheiten am Langenmarkt ein Raub der Flammen werden würde. So schlimm ist es glücklicherweise nicht gekommen, denn die sofort zur Hilfe gerufene Feuerwehr ging in schneidiger Weise energisch ins Zeug und hatte das Feuer, das allerdings sehr leicht größere Dimensionen hätte annehmen können, in etwa 1½ Stunden gelöscht. Ueber den Brand selbst mögen folgende Einzelheiten nach der „D. Z." Platz finden: Etwas nach 3 Uhr hatten die letzten Gäste den seiner Sehenswürdigkeit wegen bekannten, kostbar getäfelten, mit Gobelins geschmückten Speisesaal nach dem Mittagsmahl verlassen, und nur wenige Personen befanden sich noch in dem gewölbten eigentlichen Rathskeller, als plötzlich helle, fackartige Flammen aus dem Speisesaal hinausdrangen und ein Eintreten in denselben unmöglich machten. Selbst die Feuerwehr, welche mit der Dampfspritze, die aber nicht in Thätigkeit zu treten brauchte, angerückt war, konnte nicht durch den Thüreingang zum Feuerherd gelangen, sondern legte ihre wasserspenden Rohre von der Straßenseite durch die Fenster, um das verheerende Element zu bekämpfen. Gegen 5 Uhr war das Feuer gelöscht und damit jede weitere Gefahr beseitigt. Es handelte sich nur noch um die Aufräumungsarbeiten. Die schönen Täfelungen der Wände und der Decke des Speisesaales und des daneben gelegenen separaten langen Zimmers sind fast völlig zerstört und die gediegenen Möbelstücke und Gobelins ein Raub der Flammen geworden. Der prächtige Saal glich abends einer ausgebrannten Höhle. Die aus dem brennenden Saal in das Gewölbe heraufschlagenden Flammen haben auch das bekannte Bildniß des riesigen russischen Tambourmajors getroffen und bis zur Unkenntlichkeit entstellt. Ferner haben auch einige Wandmalereien des Kellers durch das Feuer gelitten. Wenn auch der durch den Brand entstandene Schaden recht erheblich ist, so hat der Betrieb im Rathskeller keine Störung erlitten.

Das Attentat eines Irrsinnigen verursachte Freitag abend in der Königstraße zu Hamburg einen bedeutenden Menschenzusammenlauf und große Aufregung. Als zur erwähnten Zeit ein Herr in einer Droschke vor dem Altonaer Stadt-Theater vorfuhr und im Begriff stand, auszusteigen, sprang ein Mensch auf das Trittbrett der Droschke und erklärte, ein dolchartiges Messer schwingend, den Herrn erstechen zu wollen. Dieser wich entsetzt zurück und rief gleichzeitig mit lauter Stimme um Hilfe. Sofort eilten der vor dem Stadttheater postirte Polizeisergeant und zwei in der Nähe weilende Arbeiter herbei und rissen den Attentäter zu Boden, bevor er noch seine Absicht ausführen konnte. Nun gerieth der Mensch in eine furchtbare Wuth, versuchte sich loszureißen und stach wild mit dem Messer um sich. Trotzdem gelang es mit Hilfe weiterer Personen den Rasenden zu bewältigen. Der Attentäter wurde ins Polizeigefängniß gebracht, wo er in Schweigen verharrt und jede Auskunft über seine Person verweigert. Seiner früheren Erscheinung zufolge ist der Betreffende Seemann von Beruf. Die Kriminalpolizei ist der Ansicht, daß man es mit einem Irrsinnigen zu thun habe. Jedenfalls steht der durch den Wahnwitzigen bedrohte Herr zu ihm in keinerlei Beziehung.

Verhaftet wurde in Aachen ein ausländischer Kurgast (Flüchtling) wegen Beleidigung der deutschen Armee und Beschimpfung von Maßnahmen des Kaisers. Ein Unteroffizier schickte sich gerade an, dem Fremden einen „fühlbaren Verweis" wegen seines Verhaltens zu liefern, als ein Aachener Kaufmann hinzukam und die Verhaftung durch den nächsten Schutzmann veranlaßte.

In dem Prozeß gegen den „Reichsglöckner" Joachim Gehlsen, der dieser Tage zur Verbüßung der ihm auferlegten Freiheitsstrafe nach Tegel gebracht wurde, ist das Wiederaufnahmeverfahren im Gange. Die Rechtsanwälte Dr. Löwenstein und Dr. Werthauer stehen dem Verurtheilten zur Seite. Wegen der Beschuldigung der Eidesverletzung haben auf Anordnung der Oberstaatsanwaltschaft bereits Zeugenvernehmungen stattgefunden.

Verstorben ist am Nachmittag des 2. Juni der Kommerzienrath Hoppfe in Dresden.

Die praktischen Obernmergauer wissen aus der Konjunktur, die ihnen die Aufführungen des Passionsspiels bieten, sehr geschickt ihren Nutzen zu ziehen. Einer der Leser des „B. T." der aus Mairhofen im Zillerthal telegraphisch zwei Plätze für den 4. Juni bestellte, erhielt die lakonische Antwort: „Alleets ohne Wohnung werden nicht reservirt."

Mehrere Tausend

Beste

von ganzwollenen **Kleiderstoffen, Seidenstoffen, Besatzstoffen und Waschstoffen,** ferner von Elsasser **Baumwollenwaaren, Leinen, Bettzeugen, Inlettstoffen, Flanellen, Barchenten, Gardinen, Möbelstoffen, Seidenband, Spitzen, Stickereien, Posamenten etc.,** welche sich während der Frühjahrs-Saison angesammelt haben, sind mit den

allerbilligsten Restpreisen

deutlich versehen, zum Verkauf ausgelegt.

Geschäftshaus J. Lewin

Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000605016/fragment/page=0003

Rubinat natürl. span. Bitterwasser. (Dr. Llorach)

Analysirt und begutachtet von der Académie de Médecine in Paris und der Academia de Medicina in Barcelona.

Dr. Bender und **Dr. Hobein** in **München**: „... Unter **sämmtlichen** Bitterwässern nimmt RUBINAT durch ungewöhnlich hohen Gehalt an medicinisch wirksamen Salzen den **ersten Rang** ein; daher genügen auch vom Rubinat wenige Esslöffel ...".

Jährlicher Konsum über 1½ Millionen Flaschen. Rubinat ist von unbegrenzter Haltbarkeit.

Zu haben in allen Mineralwasserhandlungen, Apotheken und Droguerien. Detailpreis 90 Pfg. per Flasche in ganz Deutschland.

Atelier für künstl. Zähne.

Anfertigung künstl. Gebisse in Gold, Platina u. Kautschuk. Plombiren der Zähne mit Gold, Silber, Emaille ꝛc. Schmerzloses Zahnziehen. Nichten schiefstehender Zähne. Jedes unpassende Gebiß wird gut passend bei billigster Preisberechnung umgearbeitet. Reparaturen an künstlichen Gebissen sofort.

Franz Hirsekorn,
Leipziger Straße 11, II.,
Eingang Kl. Sandberg.
Vom 1. Juli d. J. ab **Leipziger Straße 22, II.**

Verlangen Sie gratis u. franko meinen illustr. Hauptkatal. über

Fahrräder

u. Fahrradartikel u. Sie werd. sich überzeug., dass ich b. bester Qualität, unt. 1jähr. Garant., am billigst. bin. — Wiederverk. ges.

Deutsche Fahrrad-Industrie,
Richard Driessen,
Hannover, Brüderstr. 4.

Fr. Baumgartel,

Halle a. S.

Fabrik chirurg. Instrumente, Bandagist der königl. Kliniken, des Knappschaftskrankenhauses Bergmannstrost, Diakonissenhauses etc.

Gr. Steinstr. 17.

Mit dem 2. Juni verlegte meine Verkaufsräume von der ersten Etage nach dem in demselben Hause befindlichen mittleren Laden.

Mit der ergebenen Bitte um geneigte fernere Erhaltung des meiner Firma nun schon seit einer langen Reihe von Jahren geschenkten Wohlwollens zeichne

Hochachtungsvoll

Fr. Baumgartel.

Halle, 2. Juni 1900. **Fernspr. 807.**

Für **Wasserfahrten** und **Sommerfeste** empfiehlt in großartigster Ausw.

Zug-, Ballon- u. Façonlaternen, Luftballons, Illuminations-lämpchen, Transparente und andere **Dekorationen** für **Gärten u. Säle, Kinderfahnen, Fackeln, Feuerwerks-Körper** ꝛc. ꝛc.

Albin Hentze,
24 Schmeerstr. 24.

Pelzwaaren

übernimmt zum Aufbewahren
Christian Voigt, Schmeerstr. 21.

Wilh. Heckert,
Gr. Ulrichstraße 62.
Specialität:
Nickelplattirte und **Reinnick.-Küchen- u. Tafelgeräthe, Berndorfer Alpacca-Silber-Bestecke und Tafelgeräthe.**

Möbelfabrik und Magazin
Bernh. Grunwald, Rathhausstraße 2,

empfiehlt sein großes Lager selbstgefertigter **Möbel, Spiegel und Polsterwaaren** zu reellen, denkbar billigsten Preisen unter langjähriger Garantie.

Complette Wohnungs-Einrichtungen

in Nußbaum, Mahagoni, Eiche, imitirten und weichen Hölzern stets in überraschender reicher Auswahl in meinen bequemen, großen und hellen Möbelsälen, der Neuzeit entsprechend, zur Ansicht ausgestellt.

Die Besichtigung meines reichhaltigen Möbellagers stelle ich den geehrten Herrschaften ohne jegliche Aufdringlichkeit jederzeit gern zur Verfügung. Zimmereinrichtungen nach Extra-Zeichnungen sowie auch eigenen Entwürfen werden in kürzester Zeit unter persönlicher Leitung angefertigt. Transport durch eigenes Geschirr gratis.

Bernh. Grunwald, Tischlermeister, **Rathhausstr. 2,** neben Bauer's Brauerei und Sparkassen-Gebäude.

Möbel-Etablissement
M. Resch

Halle a. S.,
Leipziger Str. 11 (Eing. im Laden).
Verkaufsräume befinden sich I. II. u. III. Etage.

Specialgeschäft completter

Wohnungs-Einrichtungen
v. 200-6000 Mk.

Salon.

1 hochel. Plüschgarn. od. Paneelf.	M 130,
1 „ nußb. Salon-Vertico	„ 60,
1 „ „ Salontisch	„ 22,
1 „ „ gr. Säulen-Trumeau mit Fas.	„ 55,
4 moderne Rohrlehnstühle	„ 24,

Wohnzimmer.

1 Kleidersekretär mit Muschel	„ 35,
1 Speisetisch mit Auszügen	„ 22,
1 gr. Pfeilerip. m. Schränkch.	„ 35,
1 gute Ottomane mit Kipsbes.	„ 50,
4 Stühle mit Rohrsitz	„ 14,
1 Servirtisch	„ 10,

Schlafzimmer.

2 franz Bettst. mit Sprungf.-Matratze und Keilkissen	„ 88,
1 Waschtisch mit Marmorplatte	„ 32,
1 Waschtischspiegel	„ 5,
1 compl. Kücheneinrichtung	„ 40,

Alles zusammen für M 620.

Sämmtliche Möbel werden z. selben Preis auch einzeln abgegeben. Trotz der billigen Preise langjähr. Garantie. Gekaufte Möbel werden unentgeltlich aufbew. u. z. best. Zeit franco geliefert.

Bode & Troue
Hannover

Gegründet 1858.

Special-Fabrik für Panzercassen und Tresorbau.

Ständige Lieferanten der **Deutschen Reichsbank, Kaiserl. und Königl. Behörden, erster Banken** und **Bankiers** des In- und Auslandes, **Sparcassen** u. s. w. — Permanentes Lager von 200 Geldschränken.

— Prospekte frei und ohne Kosten —

Centralheizungen
jeder Art und Größe

liefern in anerkannt solidester Ausführung

Hannoversche Centralheizungs- und Apparate-Bau-Anstalt.

Filiale Leipzig, Elisenstraße 61.

Vertreter: Herr Civilingenieur Erich Wedekind, Halle a. S.

Gegründet 1859. **Fernruf 305.**

Aachener Tuche!

Weltberühmt durch seine gute Qualität versende ich zu anerkannt niedrigen Preisen **Herren-Anzug- u. Paletotstoffe** von den einfachsten bis zu den hochfeinsten in tadelloser reeller Waare Muster zu Diensten. 3 Meter schönen Cheviot zu einem Anzuge für 10 Mk. Feine Damentuche. Neueste Farben.

Peter Ortmann's Tuchversandt,
Aachen Nr. 36.

Zur Bausaison

empfehlen als bestes Baumaterial unseren

feingemahlenen Cementkalk, außerdem

Ia. Bennstedter Weisskalk in Stücken

zu äußerst **billigsten Preisen** in **Loworys** à **100** und **200 Centnern.**

Fracht bis Halle für 200 Centner 12 Mk., 100 Centner 7 Mk.

Bennstedter Kalkwerke
M. Maennecke & Schmidt.

Tapeten,

reizende Neuheiten zu spottbilligen Preisen.

K. Rapsilber
Schmeerstr. 5.

Vom vereidigten Chemiker untersucht. Unter ärztl. Kontrolle angefertigt.

Wer seine Kinder lieb hat,

giebt ihnen

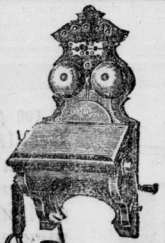
Koch's

jahrzehnt bewährten **Nährzwieback.**

Carl Koch's Nährzwieback bildet den Kindern gesundes Blut, stärkt den Knochenbau und bietet den besten Ersatz für die oft mangelnde Muttermilch.

Zu haben in den Apotheken, Drogerien, größeren Kolonialwaarenhandlungen und Bäckereien, sowie in

Karl Koch's Nährzwieback-Fabrik Halle a. S.



Telephon-, Blitzableiter- und Telegraphen-Anlagen.

F. May,

Elektrotechnische Anstalt,
Königstr. 13. Fernruf 634.
Kostenanschläge gratis.

Auctionen.

Auction

Mittwoch den 6. Juni cr. 1 Uhr Nachm. Die aus der Otto Meyerstein'schen Konkursmasse (alleiniger Inhaber der Firma: „Stule & Meyerstein") herrührenden Waaren sollen **Mittwoch den 6. Juni und folgende Tage** von Nachmittag 1 Uhr **Gr. Ulrichstr. 16** freiwillig versteigert werden u. kommen Rock- u. Jacket-Anzüge, Knaben-Anzüge, Paletots, Ueberzieher, Havelocks, Schlafröcke, sehr gute Stoffe, Zwirn- u. Engl.-Lederhosen, ferner die Laden- u. Gas-Einrichtung, Büsten u. Ständer u. v. m. zum Verkauf.

Lützkendorf, Gerichtsvollzieher.

Mittwoch den 6. d. Mts. Vorm. 8/10 Uhr versteigere ich **Geiststr. 39** zwangsweise:

1 Vertikow, 1 Schreibtisch, ein Salontisch, 1 gr. Spiegel, eine Partie Möbel, 1 Partie Zuckersachen u. v. a. S.

Friedrich, Gerichtsvollzieher.

Mittwoch den 6. ds., Vorm. 11 **Uhr** versteigere ich Geiststr. 39 hier zwangsweise: **mehrere Sophas, Schränke, Kommoden, Vertikows, 1 Waarenregal, 1 Bierdruck-Apparat** ꝛc.

Hirsch, Gerichtsvollzieher.

Unserer verehrlichen Kundschaft empfehlen wir

MAGGI

als **erprobt gutes** und **billiges Mittel,** um **mit wenigen Tropfen,** Suppen, schwacher Fleischbrühe, Saucen und Gemüsen **kräftigen Wohlgeschmack** zu geben. Erhältlich bei

Gebr. Mulertt, Gr. Klausstr. 1 u. 2.

Englische Steinkohle

lösche aus mehreren Schiffen und liefere jederzeit prompt.

Wilhelm Mehnert, Magdeburg.

Fernsprecher 2197.

Gelegenheitskauf.

Einen großen Posten Steppdecken

empfiehlt zu **Original-Fabrikpreisen**

Adolf Sternfeld, **Halle a. S., Kleinschmieden 6.**

Für den Anzeigentheil verantwortlich: W. König in Halle. Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel. Mit 2 Beiblättern und Unterhaltungsblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000605016/fragment/page=0004